

Steuerungskreis der Gigabitregion FrankfurtRheinMain

Protokoll der konstituierenden Sitzung

Montag, 29. Juli 2019, 14.00 – 16.00 Uhr

Regionalverband FrankfurtRheinMain

Teilnehmer

- Landrat Christian Engelhardt, Kreis Bergstraße
 - Kreisbeigeordneter Dieter Emig, Landkreis Darmstadt-Dieburg
 - Stadtrat Jan Schneider, Stadt Frankfurt am Main
 - Erster Kreisbeigeordneter Walter Astheimer, Kreis Groß-Gerau
 - Landrat Ulrich Krebs, Hochtaunuskreis
 - Sibylle Hergert, Geschäftsführerin Breitband Main-Kinzig GmbH, Main-Kinzig-Kreis
 - Erster Kreisbeigeordneter Wolfgang Kollmeier, Main-Taunus-Kreis
 - Erste Kreisbeigeordnete Claudia Jäger, Kreis Offenbach
 - Ehrenamtliche Stadträtin Eva Dude, Stadt Offenbach am Main
 - Kreisbeigeordnete Monika Merkert, Rheingau-Taunus-Kreis
 - Kreisbeigeordneter Matthias Walther, Wetteraukreis
 - Bürgermeister Dr. Oliver Franz, Landeshauptstadt Wiesbaden
- sowie
- Verbandsdirektor Thomas Horn, Regionalverband FrankfurtRheinMain
 - Susanna Caliendo, Abteilungsleiterin, Regionalverband FrankfurtRheinMain
 - Annika Funke, Projektmitarbeiterin, Regionalverband FrankfurtRheinMain
 - Alice Nick, Projektmitarbeiterin, Regionalverband FrankfurtRheinMain

Es fehlen

- Oberbürgermeister Jochen Partsch, Wissenschaftsstadt Darmstadt (entschuldigt)
- Erster Beigeordneter Rouven Kötter, Regionalverband FrankfurtRheinMain (entschuldigt)

1. Begrüßung

Herr Verbandsdirektor Thomas Horn begrüßt die Teilnehmenden zur konstituierenden Sitzung des Steuerungskreises der Gigabitregion FrankfurtRheinMain. Frau Caliendo wird als zuständige Leiterin der Abteilung Metropolregion, Regionalentwicklung und Europa vorgestellt.

2. Konstituierung und Grundlagen der Zusammenarbeit

Der Regionalverband FrankfurtRheinMain schlägt eine Geschäftsordnung vor, in der die Grundlagen der Zusammenarbeit im Steuerungskreis der Gigabitregion geregelt sind (siehe Anlage 1, Folie 3 – 6).

Die Mitglieder sind sich einig, dass der Steuerungskreis ausschließlich mit Repräsentanten der politischen Ebene zu besetzen ist. Es soll demnach für jedes Mitglied eine ständige Vertretung benannt werden, die es im Ausfall politisch vertritt und vollumfänglich stimmberechtigt ist.

Die fachliche Vorbereitung des Steuerungskreises soll in einem Arbeitskreis erfolgen. Hierzu benennt jede beteiligte Gebietskörperschaft einen fachlichen Ansprechpartner für den Regionalverband FrankfurtRheinMain.

Die Mitglieder des Steuerungskreises verständigen sich auf die vorgestellten Eckpunkte, die ab sofort für die Zusammenarbeit im Steuerungskreis gelten sollen. Die Geschäftsordnung wird auf Basis dieser Eckpunkte vom Regionalverband FrankfurtRheinMain schriftlich ausgearbeitet und bei der nächsten Sitzung des Steuerungskreises noch einmal formal zur Abstimmung gestellt.

3. Finanzierung der ersten Projektphase

Antrag I zum Budget für die erste Projektphase (Initiierungsphase) der Gigabitregion FrankfurtRheinMain wird einstimmig beschlossen. Der Beschluss steht noch unter Vorbehalt der Haushaltsbeschlüsse in den jeweiligen Gremien der Mitglieder des Steuerungskreises.

Der Regionalverband FrankfurtRheinMain wird allen Mitgliedern einen Beschlusstext für die Gremien vor Ort als Vorlage zur Verfügung stellen (siehe Anlage 2).

Die dem Antrag I zugrunde gelegte Kostenschätzung von durchschnittlich 200.000 € jährlich gilt nur für die erste Projektphase. Sobald die Umsetzungsphase des Projekts beginnt und das Projekt in eine noch zu gründende Umsetzungsgesellschaft übergeben wird, werden die finanziellen Beiträge neu verhandelt.

4. Interessenbekundungen

a) Zusammensetzung der Gigabitregion FrankfurtRheinMain

Der Landkreis Limburg-Weilburg sowie der Landkreis Fulda haben schriftlich ihr Interesse an einer Teilnahme an der Gigabitregion FrankfurtRheinMain bekundet.

Eine Teilnahme weiterer Gebietskörperschaften, insbesondere aus dem ländlichen Raum der Metropolregion, würde die durchschnittliche Einwohnerdichte im Gebiet der Gigabitregion FrankfurtRheinMain deutlich senken und damit auch die Attraktivität als Ausbaugelände für die Telekommunikationsanbieter. Hohe Eigeninvestitionen der Telekommunikationsanbieter in die Gigabitregion FrankfurtRheinMain sind für einen beschleunigten Ausbau jedoch unerlässlich. Gleichzeitig ermöglichen hohe Eigeninvestitionen der Wirtschaft, dass den ländlichen Räumen in Hessen mehr Fördergelder des Landes zur Verfügung stehen.

Antrag II zur Zusammensetzung der Gigabitregion FrankfurtRheinMain wird einstimmig angenommen. Der Gebietszuschnitt soll nicht erweitert werden. Der Regionalverband FrankfurtRheinMain wird den interessierten Landkreisen im Namen des Steuerungskreises eine entsprechende schriftliche Rückmeldung zukommen lassen.

b) Zusammensetzung Steuerungs- und Arbeitskreis

Der Verband kommunaler Unternehmen e. V. (VKU) hat sich mit einer Stellungnahme an die Mitglieder des Steuerungskreises gewandt und darin u. a. sein Interesse an einer Teilnahme am Steuerungskreis bekundet. Auch die IHK Frankfurt am Main und die IHK Offenbach haben ihr Interesse an einer Beteiligung bekundet.

Die Mitglieder des Steuerungskreises beschließen, dass eine Mitwirkung externer Akteure am Steuerungs- oder Arbeitskreis aus Gründen der Gleichbehandlung und der Praktikabilität nicht vorgesehen ist.

Kommunale Interessen werden durch die politischen Akteure aus kommunalen Gebietskörperschaften bereits vertreten. Eine Beteiligung der Kommunalwirtschaft (VKU) ist deshalb in diesem Rahmen nicht notwendig. Wo erforderlich, sollen die Akteure punktuell in den Prozess eingebunden werden.

Ein Treffen mit der VKU findet auf Einladung von Herrn Staatssekretär Burghardt Ende August in Wiesbaden statt. Herr Verbandsdirektor Horn und Frau Caliendo werden an dem Treffen teilnehmen.

Das Antwortschreiben des Regionalverbandes FrankfurtRheinMain an den VKU wird den Mitgliedern des Steuerungskreises zur Verfügung gestellt (siehe Anlage 3).

c) Umgang mit weiteren externen Anfragen

Den Regionalverband FrankfurtRheinMain haben verschiedene Gesprächsanfragen von Telekommunikationsunternehmen erreicht.

Der Regionalverband FrankfurtRheinMain informiert die Mitglieder darüber, dass alle Anfragen durch ein standardisiertes Anschreiben beantwortet wurden und werden. Darin verweist der Regionalverband darauf, dass sich das Projekt noch in der Abstimmungsphase befindet. Sobald das weitere Vorgehen im Projekt feststeht, werden alle interessierten Telekommunikationsunternehmen entsprechend informiert.

5. Weiteres Vorgehen bei der freiwilligen Marktabfrage

Herr Dr. jur. Nicolas Sonder und Herr Hans-Jürgen Bahde werden begrüßt und vorgestellt.

Herr Dr. jur. Sonder von der PricewaterhouseCoopers Legal AG Rechtsanwaltsgesellschaft (PwC) war/ist für die rechtliche Vorbereitung und Begleitung der Gigabit Region Stuttgart zuständig. Herr Bahde war als Breitbandbeauftragter für die Wirtschaftsförderung Stuttgart GmbH tätig und ist nun Geschäftsführer der dort gegründeten Breitbandgesellschaft zur Umsetzung der Gigabit Region Stuttgart. Durch die Beratung der beiden Experten können die Erfahrungen aus Stuttgart genutzt und für FrankfurtRheinMain bestmöglich umgesetzt werden.

a) Vortrag von Herrn Dr. jur. Sonder zum möglichen Verfahren

Herr Dr. jur. Sonder erörtert, dass in einem ersten Schritt eine freiwillige Marktabfrage durchgeführt werden sollte, um den Markt im Projekt Gigabitregion FrankfurtRheinMain anzusprechen.

Bei dieser Marktabfrage handelt es sich um keinen Ideenwettbewerb oder sonstiges Vergabeverfahren, sondern um eine Markterkundung angelehnt an die Markterkundung nach Kommunal- und Haushaltsrecht. Sie dient der Findung eines passenden Kooperationsmodelles und einer Potentialanalyse.

b) Aussprache zum weiteren Vorgehen bei der freiwilligen Marktabfrage

Es wird festgehalten, dass die Marktabfrage inhaltlich möglichst offen gehalten werden soll. Nur die wesentlichen Punkte sollen für die Umsetzung vorgegeben werden, darunter Open Access und die Einbindung der Stadtwerke.

Die konkreten Umsetzungspläne und Investitionen der Anbieter werden noch nicht bei der Konzeptabgabe, sondern erst bei den Sondierungsverhandlungen offengelegt. Hierfür muss vorher von allen Beteiligten eine strenge Verschwiegenheitserklärung unterzeichnet werden. Eine solche Offenlegung der Pläne ist ein einmaliger Vorteil der Markterkundung.

Der Zusammenschluss der Gigabitregion FrankfurtRheinMain bietet außerdem den Vorteil einer zeitlichen Zielsetzung. Ein konkreter Zeitrahmen für die Umsetzung eines eigenwirtschaftlichen Ausbaus mit Glasfaser würde auch in städtischen Gebieten ohne die Attraktivität des Zusammenschlusses nie zugesichert werden.

Eine vollständige Transparenz, wie viel die Kommunikationsunternehmen ohne den Zusammenschluss der Gigabitregion FrankfurtRheinMain investiert hätten, kann trotzdem nicht geboten werden. In Stuttgart hat allerdings jede Kommune von der Telekom (ausgewählter Kommunikationsanbieter) konkrete Informationen dazu erhalten, wie viel eigenwirtschaftlich in den Breitbandausbau investiert wird und wie hoch der kommunale Anteil sein muss.

Die Teilnehmer sprechen sich vor diesem Hintergrund dafür aus, dass der gewählte Anbieter auch in FrankfurtRheinMain jeder Kommune ein Angebot machen soll. Dies soll in die freiwillige Marktabfrage aufgenommen werden.

Der kommunale Anteil soll bestmöglich durch Fördermittel und die Verpachtung passiver Infrastruktur abgedeckt werden.

Die Aufnahme eines pilotierten 5G-Ausbaus (Mobilfunk) zur Erprobung von Anwendungen in die Projektumsetzung erhöht die Fördermöglichkeiten insbesondere durch den Bund.

c) Beratung der Mitglieder über eine Auftragsvergabe für eine projektbegleitende Rechtsberatung

Der Regionalverband FrankfurtRheinMain hat bei der PricewaterhouseCoopers Legal AG Rechtsanwalts-gesellschaft (PwC), Herrn Dr. jur. Sonder, ein Angebot für einen Rahmenvertrag mit Abrufoption eingeholt. Die Beratung durch PwC in Person von Herrn Dr. jur. Sonder und weiterer Kollegen erfolgt dabei nur bei Bedarf und auf Basis eines durchschnittlichen Stundensatzes in Höhe von 225 Euro.

Die Ergebnisse der Rechtsberatung sowie die Abrufoption des Rahmenvertrages stehen auch den Mitgliedern des Steuerungskreises bei spezifischen Fragen vor Ort zur Verfügung, sofern diese offiziell den Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Rechtsanwalts-gesellschaft zustimmen.

Gleichzeitig wurde Herr Dr. jur. Sonder vom Regionalverband bereits um eine Kostenschätzung für das Verfahren der freiwilligen Marktabfrage gebeten. Die Kosten belaufen sich auf voraussichtlich 40.000 Euro bis maximal 50.000 Euro.

Die Mitglieder beschließen, dass der Regionalverband FrankfurtRheinMain mit PwC einen Rahmenvertrag abschließt und Herr Dr. jur. Sonder dem Projekt somit als konstanter Rechtsberater zur Verfügung steht.

Darüber hinaus stimmen die Mitglieder der Beauftragung von PwC für den ersten Projektabschnitt (Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der freiwilligen Marktabfrage) unter Leitung des Regionalverbandes und Herrn Dr. jur. Sonder zu. Der Regionalverband wird einen entsprechenden Auftrag zeitnah vorbereiten und an PwC vergeben. Die anfallenden Kosten werden später wie in TOP 3 vereinbart auf die Mitglieder des Steuerungskreises umgelegt.

Herr Bahde wurde vom Land Hessen als Berater beauftragt, um die Gigabitregion FrankfurtRheinMain in der Initiierungsphase fachlich zu begleiten. Da das Land Hessen aus formalen Gründen nicht am Projekt beteiligt ist, wurde dem Regionalverband FrankfurtRheinMain die Möglichkeit eröffnet, die Beratungsleistungen von Herrn Bahde in Anspruch zu nehmen. Die Beratung durch Herrn Bahde war dabei jederzeit sehr gut und integer. Dennoch soll die Zusammenarbeit über den bereits bestehenden Auftrag mit dem Land Hessen hinaus nicht weitergeführt werden, um Interessenskonflikte auf beiden Seiten zu vermeiden. Sobald ein Rahmenvertrag mit einer Rechtsberatungsagentur vereinbart und ein Breitbandkoordinator für das Gigabitprojekt FrankfurtRheinMain eingestellt werden konnte, gilt der Auftrag als abgeschlossen.

6. Verschiedenes

Der Regionalverband schlägt für die nächste Sitzung des Steuerungskreises die beiden folgenden Termine vor:

- Montag, 25. November 2019, 14-16 Uhr
- Mittwoch, 27. November 2019, 14-16 Uhr

Der endgültige Termin wird über eine telefonische Abfrage ermittelt. Die Terminvorschläge für die beiden Sitzungen in 2020 folgen.